

## BEIRAT HEMELINGEN

Niederschrift über die öffentliche Beiratssitzung

Sitzungstag: 22.06.2016	Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr	Sitzungsende: 21:45 Uhr	Sitzungsort: Bürgerhaus Hemelingen Großer Saal (hinten)
----------------------------	------------------------------	----------------------------	---

---

Anwesend waren:

Vom Ortsamt:

Herr Jörn Hermening	Vorsitzender
Herr Theodor Dorer	f. d. Protokoll

Vom Beirat:

Herr Ralf Bohr  
Herr Heinz Hoffhenke  
Herr Hans-Peter Hölscher  
Herr Uwe Jahn  
Frau Christa Komar  
Herr Alfred Kothe  
Frau Christa Nalazek  
Herr Johann Oppermann  
Frau Waltraut Otten  
Herr Dominic Platen  
Herr Gerhard-Wilhelm Scherer  
Herr Ingo Tebje  
Frau Susanne Yström

Tagesordnung:

### **TOP 1: Planung und Bau des Übergangwohnheims Haberloher Straße**

Erschließung „Haberloher Straße“, B-Plan 2165, Öffentliche Straßenplanung: die Bebauung mit einem Übergangwohnheim wird im Zuge der weiteren Planung im Anschluss an die KOA-Sitzung ab 19:00h in einer außerordentlichen Beiratssitzung behandelt. Es soll auch über die Straßenplanung entschieden werden. Im Ausschuss wurde der Bauantrag zum Bau einer neuen Straße (Haberloher Straße) besprochen. Der Ausschuss schlägt dem Beirat vor, den Bauantrag zu unterstützen. Außerdem wurde die anliegende Stellungnahme fraktionsübergreifend im Ausschuss abgestimmt. Sie wird als gemeinsame Erklärung zur Beschlussfassung im Beirat vorgestellt.

Der Ortsamtsleiter erläutert anhand der anliegenden Präsentation die Flüchtlingssituation in Bremen.

Herr Dr. Greff stellt dem Beirat die im anliegenden Papier zusammengefassten Änderungswünsche der von ihm repräsentierten Bürgerinitiative zum Planvorhaben vor.

Herr Evers erläutert dem Beirat das Vorschulkonzept der GS Mahndorf. Er widerspricht den Angaben der Bürgerinitiative zur geplanten Beschulung. Die Beschulung soll in Osterholz und in der GS Arbergen erfolgen.

Herr Greff betont, dass es der Bürgerinitiative um Verbesserungen für die Flüchtlinge und deren Situation geht.

Frau Komar weist auf Übereinstimmungen von Beiratsvorschlägen und den Positionen der Bürgerinitiative hin.

Eine Anwohnerin weist auf das bisherige Verbot von Wohnbebauung in dem Gebiet hin.

Herr Jahn weist auf die bisherige Ausweisung als Gewerbegebiet im Bebauungsplan hin. Diese lässt ein Übergangwohnheim zu, der Bebauungsplan wird für die Wohnbebauung geändert.

Der Ortsamtsleiter erläutert die geplanten Maßnahmen, um im Bebauungsplan Wohnbebauung zuzulassen.

Ein Anwohner fragt, warum bereits jetzt über eine Straße entschieden wird, ohne dass die weitere Planung verabschiedet ist. Die Straße kann im Gewerbegebiet auch nach aktuell geltendem Recht gebaut werden und dient der Erschließung.

Das ÜWH kann 3 Jahre im Gewerbegebiet betrieben werden, danach muss ein gültiger Bebauungsplan aufgestellt sein.

Herr Tebje möchte das Projekt öffentlich und nicht über einen privaten Investor finanzieren lassen.

Der Ortsamtsleiter verliert im Beirat den anliegenden Beschlussvorschlag und die dazugehörige Stellungnahme, denen einstimmig zugestimmt wird.

## **TOP 2: Beiratsverschiedenes**

### **Beschluss KITA**

Herr Tebje berichtet über die Situation in den Bremer KITA's. Er lehnt eine Erhöhung der Gruppengrößen auf 21 oder 22 Kinder ab.

Frau Komar kritisiert die bisher nicht erfolgte Umsetzung einer Planungsaktualisierung durch die Sozialbehörde.

Herr Tebje möchte Wartelisten aktualisiert fortschreiben, es sollen nicht aus Gründen der Statistik Korrekturen vorgenommen werden.

Frau Komar weist auf den im laufenden Jahr gestiegenen Bedarf an KITA-Plätzen hin.

Herr Otten bestätigt das und kritisiert, dass ein Handlungskonzept fehlt.

Herr Jahn fordert eine aktualisierte Planung, die allen Kindern zeitnahe Sicherheit für ihre Unterbringung in einer KITA gibt.

Der Ortsamtsleiter verliert im Beirat den anliegenden Beschlussvorschlag, dem einstimmig zugestimmt wird.

### **Beschluss Schule**

Der Ortsamtsleiter verliert im Beirat den anliegenden Beschlussvorschlag, dem einstimmig zugestimmt wird.

**Herr Hoffhenke** weist auf das Weihnachtsessen des Beirates hin, eine mögliche Terminverschiebung vom 16.12. auf den 02.12.2016 wird in der KOA abgestimmt.

**Bank Mahndorfer Bahnhof für Senioren:** dem Antragsteller wird die zugesagte Prüfung durch die BSAG mitgeteilt.

**Ein Klettergerüst** am Spielplatz Osterhop muss ersetzt werden.

**Herr Hoffhenke** weist auf Straßenschäden in der Hastedter Heerstraße Höhe Fährstraße hin. Das ASV wird vom Ortsamt informiert.

**Herr Scherer** fragt nach den Planungen für die Sanierung des Hemelinger Tunnels. Die Bauarbeiten beginnen im September / Oktober und werden zwischen ASV und Ortsamt abgestimmt.

Gez. Hermening  
Vorsitzender

Gez. Jahn  
Beiratssprecher

Gez. Dorer  
f. d. Protokoll

Liste der in Protokollen gebräuchlichen Abkürzungen:

AöPV	Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Personennahverkehr
ADFC	Allgemeiner Deutscher Fahrradclub
ASV	Amt für Straßen und Verkehr
BILL	Bürgerinitiative für lückenlosen Lärmschutz
BSAG	Bremer Straßenbahn AG
BVM	Bundesverkehrsministerium
DB	Deutsche Bahn
FA	Fachausschuss
FLK	Fluglärmkommission
FNP	Flächennutzungsplan
GIRL	Geruchsimmissions-Richtlinie
IB	Immobilien Bremen
KITA	Kindertagesstätte
KOA	Koordinierung und Finanzen
KOB	Kontaktbereichspolizist
NABU	Naturschutzbund Deutschland
SfWAH	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
SUBV	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr
UB	Umweltbetrieb Bremen
ÖPNV	Öffentlicher Personen Nahverkehr
VEP	Vorhaben- und Erschließungsplan

# Änderungsantrag zum Planvorhaben des ÜWH an der Haberloher Straße

- Uns liegt das Protokoll 15/271S vom 6.1.01 zu BP2165 vor. In dem steht, daß dort aus Emissionsgründen eine Wohnbebauung auszuschließen ist!! Und die Emissionen haben seitdem wohl eher zugenommen. Im Sinne einer menschenwürdigen Unterbringung ist vordringlich ein neues Emissionsgutachten einzuholen.
- Lärmschutzwände zur Thalenhorststraße und zur Eisenbahn sind daher ggf. vorzusehen. Ggf. ist auch eine Begrenzung mit Tempo 30 in diesem Bereich der Thalenhorststraße anzudenken.
- **Eine Änderung des Konzepts mit deutlich geringerer Belegung und auch gleichzeitiger Ansiedlung von jungen deutschsprachigen Familien wäre ein echter Ansatz zur Integration. Wir fordern daher einen Belegungsschlüssel mit zunächst nur ca. 150 Flüchtlingen statt 300 und gleichzeitiger Bewerbung der Reihenhäuser zum Kauf durch junge Familien.**
- **Ein schlüssiges Beschulungskonzept für die Migrantenkinder ist nötig. Kann die Schule Mahndorfer Heerstraße z.B. einen dritten Vorkurs verkraften? Bei Einschulung außerhalb Mahndorfs ist ggf. ein Schulbussystem einzurichten.**
- **Neben einem Wachdienst fordert die Initiative für Mahndorf die Wiederbesetzung der Kontaktpolizistenstelle von H. Meyer bis Ende 2016.**
- Das unter Verstoß gegen Naturschutz-, Bundesartenschutzgesetz und Wasserrecht empfindlich gestörte Biotop am Südende des Grundstücks ist zu erhalten und unter Befestigung der Uferzonen in die Anlage zu integrieren. Bei geringerer Belegungsdichte könnte man sich gut ein Nebeneinander von ÜWH und Biotop vorstellen.

- Dies fordern wir im Namen von über 700 Mitzeichnern der Petition zur Initiative „Stoppt das ÜWH in Mahndorf-Ost“. Der Stopp bezieht sich ausdrücklich nur auf die gegenwärtig geplante Form.
- Um dies zu begleiten, werden wir wahrscheinlich in Kürze einen Verein gründen, der den Namen "Initiative für erfolgreiche Integration in Mahndorf" tragen sollte.

## **Beschlussvorlage zum neuen ÜWH+ Haberloher Straße und den Bau der Haberloher Straße**

1. Der Beirat fordert den Senator für Bau auf, zeitnah nach dem Planaufstellungsbeschluss aus dem Januar den Bebauungsplan 2480 voran zu bringen, und den Investor parallel den Bauantrag für den zweiten Bauabschnitt einzureichen, um zügig eine Durchmischung des neuen Quartiers zu ermöglichen.
2. Der Beirat unterstützt den Bauantrag für die Haberloher Straße.

Begründung: Siehe beigefügte Stellungnahme

## **Beschluss des Beirates Hemelingen zum geplanten Übergangwohnheim und Integrationsdorf „Haberloher Straße“**

Der Beirat möge diese fraktionsübergreifende Stellungnahme beschließen, die als Zeichen stehen soll für eine offene und integrative Hemelinger Gesellschaft.

Als der Beirat das erste Mal vernahm, es solle ein Übergangwohnheim für 600 oder sogar mehr Personen entstehen, waren wir skeptisch. Wie sollte eine so große Einrichtung funktionieren? Wie wären dort eine Integration, eine Betreuung und eine Versorgung von Flüchtlingen möglich? Wie könnte sich eine so große Ansammlung von Menschen anderer Kulturen in ein bestehendes Wohngebiet einfügen? Ist das Entstehen eines sozialen Brennpunkts da nicht schon absehbar?

Im Frühjahr kam die Behörde von sich aus auf den Beirat zu und stellte das Projekt vor. Die Mitglieder des Ausschusses waren positiv überrascht von dem Konzept, den Möglichkeiten und der Nachhaltigkeit dieser Einrichtung. Keine Container sondern eine flexible Reihenhausbauweise, die qualitativ weit über dem zu liegen schien was bisher für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden konnte.

Die Anzahl der dort unterzubringenden Personen wurde erläutert. 300 Personen, nicht mehr, sollten nun in dem neuen Übergangwohnheim Haberloher Straße ("Zum Falsch / Thalenhorststraße") untergebracht werden. Es würde Schulungs- und Betreuungsräume geben, Beratungs- und Büroräume sowie Freiplätze auf dem Gelände. Ein weiterer Anbau für 300 Personen wäre geplant, jedoch primär nicht für Flüchtlinge, sondern für Menschen, die sonst zur Zeit schwer eine Wohnung finden.

Es wurde des Weiteren über eine nachhaltige Entwicklung gesprochen. Der Mietvertrag mit der Stadt besteht zunächst für 10 Jahre, danach können die Gebäude weiterhin für sozial benachteiligte Personen, Menschen in Gefahr und Personen mit geringem Einkommen zur Anmietung oder auch zum Kauf für alle bereitstehen, je nach Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die während der Präsentation anwesenden Mitglieder des Beirats waren positiv gestimmt. Die Behörde teilte mit, dass man die Bevölkerung Ende April / Anfang Mai auf einer Einwohnerversammlung vor Ort über dieses Projekt informieren würde.

Auf der Einwohnerversammlung am 11.5. wurde den Anwohnerinnen und Anwohnern das Projekt und das Konzept ausführlich vorgestellt. Es gibt und gab vielerlei Bedenken unter den Anwesenden. Diese Bedenken sind auch bisher nicht ausgeräumt, wie man u.a. an der gegründeten Bürgerinitiative und der Petition sehen kann.

Der Beirat möchte an dieser Stelle die Bedenken und auch Befürchtungen der Bevölkerung aufnehmen.

### **Beschulung und Integration im Zeitalter der Inklusion**

Das Land Bremen hat sich selbst die Inklusion als Schwerpunkt gesetzt. Inklusion bedeutet u.a. die Betreuung und Beschulung von Menschen mit körperlichen oder auch geistigen Behinderungen in bestehenden Klassen mit Schüler\*innen, die nicht über solche Behinderungen verfügen und dem Unterricht auch ohne zusätzliche Assistenz folgen können. Inklusion bedeutet aber noch viel mehr: Sie bedeutet die Einbeziehung und Beschulung aller Personengruppen, die über irgendein Handicap verfügen. Hierzu gehören auch Migrantinnen und Migranten, bei denen die sprachliche Barriere ein eindeutiges Handicap darstellt.

Der Beirat Hemelingen fordert mit besonderem Nachdruck eine Aufstockung der Lehrkräfte an Schulen, die im Einzugsbereich von Flüchtlingsunterkünften für deren Versorgung und Betreuung

zuständig sind. Integration und Inklusion haben wollen, ohne die Mittel dafür bereitzustellen, erzeugt mehr Probleme, als sie zu lösen.

### **Betreuung von Kindern und Erwachsenen vor Ort**

Die Betreuung von Kindern und Erwachsenen vor Ort in den Unterkünften ist zur Integration, Sprach- und Kulturschulung und auch zur Freizeitgestaltung unabdingbar. Menschen integrieren zu wollen, erfordert mehr als es der aktuelle gängige Betreuungsschlüssel zulässt. Wer diese Lücke durch ehrenamtliche Mitarbeiter und Engagierte zu füllen versucht und den Prozess sich selbst überlässt, handelt fahrlässig. Trotzdem fordern wir alle Anwohner\*innen auf, sich den Nachbarn zu öffnen und laden Sie ein, an der Integration mitzuwirken. Beirat und Ortsamt werden gemeinsam mit dem Träger der Einrichtung durch Feste und Veranstaltungen Möglichkeiten der Begegnung und Verständigung ermöglichen.

### **Schaffung von preiswertem Wohnraum für sozial benachteiligte und von Obdachlosigkeit bedrohte Menschen**

Der Beirat Hemelingen begrüßt den Ansatz Wohnraum auch für sozial benachteiligte Menschen zu schaffen. Diesen Ansatz müssen die zuständigen Behörden unbedingt weiter umsetzen! Dieser Wohnraum wird benötigt! Jedem ist dies seit Jahren bewusst. Eine einseitige Bedarfsbefriedigung führt zu nachvollziehbarem Unmut unter der Bevölkerung. Aus diesem Grund fordert der Beirat zu prüfen schon im ersten Bauabschnitt Wohnraum in gleichen Anteilen sowohl für Geflüchtete als auch für bereits hier lebende sozial benachteiligte Menschen bereit zu stellen.

### **Zusammenleben von älteren Generationen und jungen Familien, Paaren und Singles in einem Quartier**

Oft hörten wir, dass die Anwohnerschaft vor allem aus älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern besteht und junge Familien, Paare und Singles nicht in das Quartier passten. Der Beirat vertritt hierzu eine andere Auffassung. Die Vermischung von Alt und Jung ist ein notwendiger Schritt. Die "Vergreisung" eines Ortes führt, das zeigen Erfahrungen und Studien, nicht zu einer positiven Entwicklung.

### **Bauweise in flexibler Reihenhaus-Form und großzügige Gestaltung der Anlagen**

Die von der Behörde und dem Investor vorgestellte Reihenhaus-Form in flexibler und moderner Bauweise erscheint qualitativ ansprechend. Die großzügigen Außenanlagen und die Möglichkeiten, die sich durch die Innenräume zur Betreuung und Schulung ergeben, vermitteln eine positive Ausstrahlung. Die massive Bauweise mit Niedrigenergiehausstandard ist zudem ökologisch sinnvoll und nachhaltig.

### **ÜWH "Grünes Dorf" hat Vorbildfunktion**

Bereits seit 1,5 Jahren steht an der Arberger Heerstraße ein Übergangwohnheim. Zeitnah fand die Gründung des Fördervereins "Grünes Dorf" statt. Dieser sorgt mit seinem ständigen und besonderen Einsatz für ein gutes Zusammenspiel zwischen Anwohnerschaft und dem Wohnheim. Dieser Förderverein und sein Engagement haben Vorbildfunktion für jede neue oder bestehende Einrichtung zur Unterbringung von Flüchtlingen. Wir sind guter Hoffnung, dass das neu entstehende Übergangwohnheim „Haberloher Straße“ (Zum Falsch / Thalenhorststraße) von diesen Erfahrungen profitieren wird.

### **Sicherheit**

Die Sorge um die Sicherheit ist ein großes Thema in der Bevölkerung. Der Beirat Hemelingen, alle Ortsamtsleiter und auch Gliederungen unterschiedlicher Parteien haben Beschlüsse zur Personalausstattung der Polizei bereits gefasst.

Zum Thema Sicherheit gehört auch das sogenannte subjektive Sicherheitsgefühl, darauf muss die Behörde adäquat reagieren. Die Betreuung der Anwohnerschaft sowie des Übergangwohnheims und der ortsässigen Institutionen durch Polizeistreifen und Kontaktpolizisten ist unbedingt notwendig.

Befürchtungen, die als irrational abgetan werden, führen zu Vorurteilen und Vorverurteilungen sowie erhitzten Gemütern. Der Beirat Hemelingen fordert daher die zeitnahe Aufstockung des Personalbestands der Bremer Polizei und den bedarfsgerechten Einsatz von Polizeikräften im Stadtteil Hemelingen. Hierzu gehört insbesondere die Wiederbesetzung der KOP-Stellen im Stadtteil, die ein wichtiges Bindeglied zu den Wohnheimen sind.

### **Legitime Nutzung geltenden Rechts**

**Das Übergangwohnheim wurde auf Grundlage bestehenden Baurechts konzipiert. Gemäß Baugesetzbuch ist die Einrichtung von Übergangwohnheimen in Gewerbegebieten möglich. Der Beirat fordert den Senator für Bau auf, zeitnah den Bebauungsplan 2480 voran zu bringen, und den Investor parallel dazu den Bauantrag für den zweiten Bauabschnitt einzureichen.**

**Der Beirat unterstützt den Bauantrag für die Haberloher Straße.**

## **Beschlussvorlage KiTa**

Für 0-6 jährige fehlen im Kindergartenjahr 2016/2017 mindestens 100 Plätze im Stadtteil Hemelingen , plus interne Wartelisten.

Der Beirat Hemelingen fordert:

- Die sofortige Umsetzung des Ausbaus der angebotenen Immobilie in der Dietrich-Wilkens-Straße (im Zweifel auch als Übergangslösung in der ehemaligen Post)
- Die Umsetzung des Angebotes von DIKITA für neun Krippenplätze im Nachmittagsbereich
- Die Prüfung des Konzeptes „Waldkindergarten“ in der Parzelle des HdF/Familienzentrums Mobile
- Die sofortige Umsetzung der Unterbringung einer Kita-Gruppe in der Grundschule Brinkmannstraße incl. organisatorischer Klärung der Genehmigung durch die Senatorin für Kinder

Bis 2018/19 soll eine neue Kita in der Schlegelstraße entstehen. Der Träger steht schon fest, ohne dass der Beirat vorher informiert worden ist. Der Beirat findet dieses Verhalten undemokratisch.

Deshalb fordert der Beirat:

- Rechtzeitige Informationen über die Vergabe an zukünftige Träger einer neuen Kita.

## **Beschlussvorlage Jugendliche in die Schule!**

In der Notunterkunft für Jugendliche in der Hastedter Heerstraße des Trägers Wolkenkratzer sind fast die Hälfte der 135 Jugendlichen nicht beschult, teilweise seit über 7 Monaten nicht. Dies widerspricht der gesetzlichen Schulpflicht.

- Der Beirat Hemelingen fordert, dass alle nach dem Gesetz schulpflichtigen Jugendlichen aus den (Flüchtlings-) Unterkünften des Stadtteils Hemelingen nach den Sommerferien einen Schulplatz erhalten.